

Linke Fachschaft 03

Info 9

Neues und Altes zum Mentorensystem

Juni 2002

Lifa03@stud-mailer.uni-marburg.de

stud-www.uni-marburg.de/~Lifa03

»Warum studieren Sie überhaupt?« Mentorensystem am FB 03

Von vielen unbemerkt, aber trotzdem existent: Auch im Fachbereich 03 wird das im HHG (Hessischen Hochschulgesetz, §27) vorgesehene Mentorensystem umgesetzt. Lange Zeit dümpelte das Verfahren vor sich hin. Nun kommt es zu neuen Vorstößen, bei denen die Studierenden aufgefordert werden, sich einer »Mentorierung« zu unterziehen.

In Grundstudiumsveranstaltungen wurde in der Vergangenheit offensiv für die Teilnahme an den Sitzungen mit dem Mentor geworben. In Ausnahmefällen kann es sich auch um eine Mentorin handeln, schließlich sind drei der 23 ProfessorInnen am Fachbereich Frauen. (Da die Situation an anderen Fachbereichen ähnlich ist und da wir das System für ein strukturell patriarchales und paternalistisches halten, sprechen wir auch im folgenden von Mentorensystem und nicht etwa von MentorInnen). In den Direktorien am FB 03 setzten sich einzelne Professoren und einzelne Fachschaftsgruppen vehement für das neue System und eine weitgehende Reglementierung ein. Während an anderen Fachbereichen und Instituten das Mentorensystem vor allem wegen der (unbezahlten) Mehrarbeit der ProfessorInnen eher verhalten aufgenommen wurde, tat sich das Institut für Politikwissenschaft durch besonderen Eifer hervor. Statt einzelner Gesprächstermine auf Wunsch sollten regelmäßige Gruppensitzungen ab dem zweiten Semester über das gesamte Grundstudium hinweg stattfinden. Von Seiten der Aktiven Fachschaft Politik und interessierter Professoren wurde auf das Zusammengehörigkeitsgefühl, das hierdurch entstehen sollte, hingewiesen. Ein »Lebensbund in klein«, um die Studierenden in feste Bezugssysteme einzubinden. Die Linke Fachschaft forderte daraufhin nicht nur die StudentInnen auf: »Boykottiert das Mentorensystem.« Wir schrieben vor zwei Jahren: »Meldet sich nicht der Großteil der Studierenden freiwillig, so zeichnet sich nach entsprechenden Äußerungen in den Direktorien bereits jetzt ab, dass die Zuteilung zu einem Mentor zwangsweise durchgeführt wird.«

Und jetzt?

So wird es nun auch für die meisten kommen. Nachdem Landesregierung und Hochschulleitung nochmals nachgehakt haben, ob denn der Verpflichtung, ein Mentorensystem einzuführen, nachgekommen wird, sollten die

Institute dem Dekanat melden, ob und welcher Form sie dies tun. Denn offensichtlich war, dass diese Form der Zwangsberatung und -kontrolle bei den Studentinnen und Studenten auf Unwillen stieß. Auch nach wiederholten Appellen fand sich nur ein Bruchteil der Klientel zur Beaufsichtigung ein.

Die Institute nun haben sich, da sie sich offensichtlich nicht erneut mit der Materie auseinandersetzen wollten, fast durchgehend erklärt, den Vorschlag der universitären Arbeitsgruppe zum Mentorensystem umzusetzen. Dieser beinhaltet eine zwangsweise Zuteilung (nach Namen) der StudentInnen des zweiten Semesters auf die ProfessorInnen des jeweiligen Institutes. Durchaus erwünschter Effekt: Deutlich zu machen, dass es sich nicht um eine individuelle Entscheidung der Studentin oder des Studenten handelt (wie z.B. der Vorschlag einer bestimmten Prüferin beim Diplom), sondern um eine von außen verordnete Maßnahme. Einzig das Institut für Philosophie lässt den StudentInnen zunächst die Wahl, allerdings nur für vier Wochen. Danach wird auch hier zwangszuteilt. Wie genau die Umsetzung aussehen soll und ob diejenigen, die sich nicht zur Mentorierung einfinden, durch ständige Ermahnungen und Erinnerungen belästigt werden, ist bisher nicht absehbar.

Was soll das?

Das Mentorensystem - in Hessen von SPD/Grünen gestartet und von CDU/FDP fortgeführt - soll Druck auf die StudentInnen ausüben, erfolgsorientiert, d.h. effizient und schnell, statt selbstbestimmt und kritisch zu studieren. Es fügt sich damit nahtlos in eine gesellschaftliche Entwicklung ein, die den Zugang zu Hochschulen über soziale (weniger BAFÖG-EmpfängerInnen, Studiengebühren) wie Leistungskriterien (NC, ZVS) immer stärker einschränkt. Das Studieren wird durch die Einführung von Gebühren

immer mehr erschwert; die Notwendigkeit, deswegen einen Nebenjob anzunehmen, steigt. Gleichzeitig soll die »Verweildauer« an den Hochschulen durch Studienzeitbeschränkungen und die Einführung abgespeckter Bachelor-Studiengänge gesenkt werden. Immer mehr Privat-/Elite-Unis bieten sich den wohlhabenden Studierenden als Alternative zu den unterfinanzierten staatlichen Hochschulen an.

Auch an der Uni Marburg wird der Druck erhöht: Die leistungsorientierte Mittelvergabe an Hochschulen und Fachbereiche steigert den Zwang, ökonomisch verwertbare Forschungsergebnisse zu liefern. Das Mentorensystem - würde es tatsächlich umfassend eingeführt - eröffnete den ProfessorInnen ganz neue Kontroll- und Einflussmöglichkeiten. Auch in Marburg war das Studium der Politikwissenschaft in manchen der letzten Semester zulassungsbeschränkt, weil die »Flut« (Berg-Schlosser) der StudentInnen eingedämmt werden sollte.

Mit der Einführung des Mentorensystems wird erstmals ein direktes Kontrollinstrumentarium geschaffen, welches nicht etwa wie die bereits vorhandene Studienberatung Auskünfte zur Interpretation von Studienordnungen gibt, sondern in die Studiengestaltung und Lebensplanung der Studierenden eingreifen soll. Bisher konnten Studierende im Rahmen der Studienordnungen und Vorgaben z.B. des BAFöG wenigstens ansatzweise ihre Themenschwerpunkte und die Art und Dauer ihres Studiums selber bestimmen. Natürlich war/ist dieser Zustand angesichts finanzieller Restriktionen, der Verpflichtung zum Besuch bestimmter Veranstaltungen und des geringen Lehrangebots keiner, der einem »selbstbestimmten Studium« nahe kommt. Aber das, was mit dem Mentorensystem durchgesetzt werden soll, ist schlimmer: Nun sollen die Pläne der StudentInnen auch der Beurteilung der ihnen zugeordneten ProfessorInnen unterliegen.

In dieser neuen Form der Zwangs-corporate-identity ist die persönliche Kontaktaufnahme ohne Rücksicht auf mögliche politische oder persönliche Zwistigkeiten zwischen den Studierenden und den überwiegend männlichen ProfessorInnen vorgeschrieben. Hier soll dem »väterlichen Freund« Rechenschaft abgelegt werden für die individuellen Studienpräferenzen, angebliche Unregelmäßigkeiten wie z.B. Überschreitungen der Regelstudienzeit und die dazugehörigen privaten Gründe. Der Professor hat auf Grund seiner strukturellen Autorität die Möglichkeit, nach eigenen Kriterien auf die Studierenden einzuwirken. Die StudentInnen laufen Gefahr, über diese strukturelle Abhängigkeit hinaus persönlich von ihm abhängig zu werden. Er weist sie an, wie sie, was sie, wie lange sie und womöglich warum und ob sie zu studieren haben. »Abweichendes« Verhalten, »unpassende« Schwerpunktsetzungen werden zum Stein des Anstoßes und müssen als mögliche Quelle zu langen Studiums thematisiert und von den StudentInnen

gerechtfertigt werden. Die Beschäftigung mit Themen oder Theorien, die nicht der persönlich oder aber auch durch den professoralen mainstream bevorzugten Richtung entsprechen, wird dann schnell als Hindernis für ein »erfolgreiches Studium« ausgemacht werden, und der Rat, es doch lieber woanders als an der Uni zu versuchen, wird nicht lange auf sich warten lassen. Das Mentorensystem ist somit als patriarchal und paternalistisch abzulehnen.

Verbesserte Beratung?

Angeblich wird durch dieses Modell die Studienberatung erheblich verbessert. Das ist selbstverständlich Blödsinn. Niemandem ist dadurch geholfen, zu einem Gespräch gezwungen zu werden, dass er oder sie nicht führen möchte. Die angebliche Verbesserung stellt in Wahrheit eine qualitative Verschiebung von Beratung auf Wunsch und Initiative des/der einzelnen StudentIn hin zur angeordneten Betreuung dar. Das Problem der StudentInnen, die eine Beratung oder Auskunft wünschen, ist doch nicht, dass sie diesen Wunsch nicht in die Tat umsetzen und jemanden fragen könnten. Das Problem besteht vielmehr in unzureichenden Beratungsmöglichkeiten und -kompetenzen des Lehrpersonals und in der falschen Ausgestaltung von Studienordnungen. Kaum ein Professor, kaum eine Professorin weiß, welche Verpflichtungen die von ihm oder ihr geprüften StudentInnen erfüllen müssen, welche Veranstaltungen besucht werden müssen oder wann eine Meldung zur Prüfung einzureichen ist. Dieses offensichtliche Desinteresse an einem zur Lehre und universitären Selbstverwaltung gehörenden Themenfeld erschwert den StudentInnen, die sich ansonsten den Kriterien und Anforderungen der Lehrpersonen beugen sollen, weiter das Leben. Schließlich werden all die Entscheidungen, die das Studium reglementieren und beschränken, dank immer weiter fortschreitender Entdemokratisierung der Uni fast ausschließlich von ProfessorInnen im FBR oder gleich vom immer mächtiger werdenden Dekan getroffen.

Was tun?

Keine/r muss sich im Moment den Kontrollgesprächen unterziehen oder sich auch nur in die aushängenden Listen eintragen (auch wenn einige das gern so hätten). Wer Fragen zum Studium hat, sollte sich die Antworten freiwillig bei der bereits existierenden Studienberatung holen können und nicht von dem Wohlwollen oder der Ablehnung der Professoren abhängig sein. Fragt jene ProfessorInnen oder andere Personen um Rat, denen ihr vertraut, und nicht jene, die euch zuteilt wurden, weil Euer Nachname nunmal gerade mit K anfängt. Organisiert Euer Studium selbst, macht das, was Ihr für richtig haltet. Wehrt Euch gegen Kontrollwahn und Verschulung des Studiums.